

Märkische Linke

Zeitung der LINKEN für Ostprignitz-Ruppin

September/Oktober 2019

05/2019

Ein »Weiter so« darf es nicht geben!

An dieser bitteren Wahniederlage gibt es nichts schönzureden

DIE LINKE wurde bei der Landtagswahl in Brandenburg abgestraft und musste massive Verluste hinnehmen. Wir sind mit 10,7 Prozent nur noch fünftstärkste Kraft im Landtag und haben damit in den letzten zehn Jahren unser Wahlergebnis von fast 30 Prozent auf nun gerade noch über zehn Prozent verringert. Das ist schmerzhaft für uns als Kreisverband und für DIE LINKE als Landesverband.

Auch, dass mit Ronny Kretschmer nach fünf Jahren endlich wieder ein Abgeordneter unserer Partei die Ostprignitz und das Ruppiner Land vertreten kann, darf nicht über unser schlechtes, aber vor allem auch über das viel zu starke Ergebnis der AfD hinwegtrösten.

Es ist uns nicht gelungen, dem Großteil der Menschen in diesem Land einen Grund zu geben, auch weiterhin ihre Stimme der LINKEN zu geben. Stattdessen haben die Brandenburger*innen vermehrt SPD, AfD und auch die Grünen gewählt. Natürlich wird es in den nächsten Wochen ernsthafte Gespräche auf allen Ebenen des Landesverbandes geben. Angefangen bei den regionalen Vorständen über den Kreisvorstand, bis hin zum Landesvor-

stand sowie dem Landesausschuss. Wir müssen uns alle tief in die Augen schauen. Ein Weiter so kann es nach einem solchem Ergebnis nicht geben!

Auch im Kreisverband wird es die Möglichkeit geben, bei unserem nächsten Parteitag im Oktober noch einmal ins Gespräch zu kommen. Was uns jetzt hilft, sind nur viele wahre Worte und - noch mehr - daraus folgende Taten, um aus unserer Partei wieder eine Partei zu machen, die es auch dauerhaft über die 10 Prozent Marke schafft.

Nichtsdestotrotz möchte ich mich hier noch einmal bei allen Genossinnen und Genossen bedanken, die über die letzten Wochen im Wahlkampf alles gegeben haben, um für unsere Positionen zu streiten. Besonders möchte ich mich auch bei unseren Kandidaten bedanken, die unermüdlich das Gespräch mit den Bürgern gesucht haben, um bis zum letzten Tag zu zeigen, was es heißt ein Linker zu



sein, nämlich für eine offene, solidarische und tolerante Gesellschaft zu kämpfen. Und genau das werden wir auch weiterhin tun, egal, welche Konsequenzen wir aus der Wahl ziehen. Eines wird immer gleich bleiben, wer ein Brandenburg möchte, in dem es allen gut geht, ein Brandenburg, das alle mitnehmen kann, der muss sein politisches Vertrauen wieder der LINKEN schenken. Und genau für dieses Vertrauen müssen wir in den nächsten Jahren kämpfen und die Partei auf allen Ebenen stärken, um dieses Ziel auch erreichen zu können.

Paul Schmudlach

Kreisvorsitzender DIE LINKE. OPR

Verstärkung eingetroffen!

Zwei unserer Jüngsten stellen sich vor

So, da bin ich. 15 Jahre erst auf dieser Welt und schon in einer Partei, wie kommt das? Ich könnte auch einfach den schönen langen Tag auf der Couch liegen und mein Leben genießen, ich muss keine Steuern zahlen, ich muss nicht die Miete bezahlen, Strom und Heizkosten kenne ich nicht. Warum also tue ich mir so was an und gehe in die Politik - und dann auch noch zu den LINKEN.

Der Hauptgrund ist natürlich, dass ich mitgestalten will, denn zurzeit läuft vieles in diesem Land sehr schlecht. Was mich persönlich sehr oft wütend macht, ist die Bildungspolitik. So haben wir in Deutschland immer noch ein Schulsystem, das auf soziale Trennung aus ist. Die Rede ist von den unterschiedlichen Schultypen wie Gymnasium, Hauptschule und Realschule.

Deutlich besser wären Gesamtschulen, die bis zur 10. Klasse gehen. Was auch eine Schande ist: Dass sich die meisten Schüler zwar den halben Tag im Internet aufhalten, aber oft keine Ahnung vom Programmieren oder von Excel haben, obwohl gerade das immer wichtiger wird in der modernen Welt. Deswegen muss ab der 7. Klasse Informatik ein Pflichtfach sein. Ebenfalls muss Bildung komplett kostenfrei für die Eltern sein. Ich finde, dass jeder Schüler die Garantie auf ein warmes Mittagessen als auch auf eine Busfahrkarte haben sollte.

Der andere große Punkt für mich ist die aktuelle Klimapolitik. Uns ist, glaube ich, allen klar, dass wir ein riesiges Problem haben und dass die Bundesregierung sich scheinbar darin übt, einfach keine

Lust auf eine Lösung zu haben, das zumindest zeigt das neue Klimaprogramm.

Wir als LINKE müssen uns jetzt für eine soziale Reform in der Klimapolitik stark machen, denn die Menschen in Brandenburg haben Angst: Angst um ihren Arbeitsplatz, Angst, dass ihnen im Namen des Klimas alles verboten wird, und gehen deswegen zu den rechten Spinne- rinnen der AfD, die den menschengemachten Klimawandel einfach leugnet. Wir müssen den Leuten zeigen, dass es auch andere Lösungen gibt. So muss der ÖPNV stark ausgebaut und erst billiger und dann komplett kostenlos werden. Wie schon angesprochen, haben viele Leute Angst um ihren Job, besonders in der Lausitz, wo viele von der Kohle leben. Dabei schafft

Fortsetzung auf Seite 3

Kalenderblatt

30. Jahrestag Mauerfall

Am 13. August 1961 begann der Bau der Mauer zwischen Ost- und Westberlin. In den folgenden Monaten entstand entlang der Sektorengrenze eine etwa 46 km lange Mauer, um ganz Westberlin befestigte Grenzanlagen auf einer Länge von etwa 155 Kilometern.

Ende der 1980er Jahre wurde die politische und wirtschaftliche Lage in der DDR und Osteuropa immer instabiler. In Moskau regierte Gorbatschow mit »Glasnost« und »Perestroika«. In allen großen Städten der DDR gingen hunderttausende Menschen auf die Straße und protestierten mit dem Ruf »Wir sind das Volk« gegen die politi-

schen Verhältnisse. Ziel war eine friedliche, demokratische Neuordnung, insbesondere das Ende der SED-Herrschaft, zudem wurden Reisefreiheit und die Abschaffung des Ministeriums für Staatssicherheit gefordert. Eine Fluchtwelle über Ungarn (geöffnete Grenze nach Österreich) und die Tschechoslowakei spitzte die Lage weiter zu.

Auf der Pressekonferenz (wurde in Radio und Fernsehen live übertragen) zum neuen Reisegesetz der DDR am 9. November 1989 mit Günter Schabowski wurden Regelungen zur Ausreise verlesen. Auf die Frage eines Reporters: »Wann tritt das in Kraft?« antwortete Schabowski wörtlich: »Das tritt nach meiner Kenntnis – ist das sofort, unverzüglich.« Bis Mitternacht waren alle Grenzübergänge im Stadtgebiet Berlin offen.

Zwischenruf

Von Hans-Joachim Müller

Energiewende ja – aber bitte nicht politisch befohlen

Es ist unbestreitbar, auch wenn es manche Politiker nicht wahrhaben wollen, wir müssen, um unsere Umwelt zu erhalten, mit unserer Energie anders umgehen. Dazu ist es notwendig, neue Energiequellen – ohne Scheuklappen – zu erschließen. Dies ist aber nicht die Aufgabe von irgendwelchen Politikern, sondern von Ingenieuren und Wissenschaftlern. Während nämlich die Politiker nur den kurzfristigen positiven Effekt vor Augen haben, denken Fachleute weiter und großflächiger.

Nun hat man in Deutschland das Elektroauto als das Allheilmittel entdeckt. Wer fragt aber danach, welche Umweltschäden bei der Batterie (Akku)-Herstellung und deren Rohstoffgewinnung entstehen? In der Atacama-Wüste in Chile werden täglich 21 Millionen Liter Grundwasser für die Gewinnung von Lithium verbraucht (man stelle sich mal vor, was das in einer Wüste bedeutet). Die Lebensgrundlagen der Menschen werden dadurch vernichtet, und die Gewinne schöpfen ausländische Konzerne ab. So kann man auch Flüchtlinge »produzieren«. Übrigens, ein E-Auto muss 150.000 km fahren, um klimaneutral zu werden.

Aber es geht noch weiter. Bisher konnte noch niemand sagen, was mit verbrauchten Batterien geschieht. Feuerwehren haben Probleme, die Brände an E-Autos zu löschen, und was passiert, wenn 100.000e E-Autos gleichzeitig ihre Batterien aufladen?

Nun ist ja der Kohleausstieg beschlossen. Ein Chemiker sagte neulich, dass

Deutschland dann für die Produktion von hochwertigen REA-Gips eben Flugasche aus dem Ausland importieren müsse.

Aber auch bei den anderen alternativen Energiequellen hört man immer wieder Bedenken von Fachleuten. Der durch Windräder erzeugte Schlagschatten und Infraschall sei gesundheitsschädigend, Brände können nicht gelöscht werden und durch die Schwingungen sei kein Leben im Boden mehr möglich. Aber das größte Problem ist die Ableitung und Speicherung der Energie. Wie oft mussten und müssen Windkraftanlagen abgeschaltet werden, da keiner weiß, wohin mit dem produzierten Strom? Hier gibt es erheblichen Nachholbedarf, wenn die Energiewende gelingen soll. Wer hat sich eigentlich Gedanken darüber gemacht, was mit den alten, ausgedienten Windkraftanlagen geschieht?

Welchen Schaden der politische Eingriff in die Landwirtschaft zur Biomassegewinnung angerichtet hat, kann heute jeder auf den Feldern mit ihrer Monokultur ohne Wildpflanzen sehen.

Um es klar zu sagen: Ich befürworte alle Maßnahmen, um die Umweltbelastungen zu verringern bzw. vollständig zu vermeiden. Aber bitte nicht mit politischem Aktionismus und mit mehr Ehrlichkeit. Wenn man Haushaltheizungen zwangsweise von Öl auf Gas umstellen will, so muss man auch das ökologisch am günstigsten gewonnene Gas (Pipeline aus Russland) und nicht das dreckige Fracking-Gas aus den USA, was tausende km mit rußenden Öltankern transportiert wird, nutzen. Energiewende ja – aber von Fachleuten durchdacht.

Die Folgen der meisten technischen Entwicklungen der Menschheit waren nicht voraussehbar, daran sollten wir stets bei der Entscheidungsfindung denken.

Kommentar

Sie sind wieder da

Bertold Brecht schrieb: »Der Schoß ist fruchtbar noch, aus dem das kroch«. In meiner Jugend in den 70ern im Osten war das unvorstellbar. Alle von uns hatten das KZ Oranienburg gesehen. Die Galgen und Hochspannungs-Zäune. Hatten die Geschichten von Häftlingen gehört. Und sahen die Krematorien mit ihren riesigen Schornsteinen, in denen die Ermordeten verbrannt wurden. Lampenschirme, hergestellt aus menschlicher Haut. Und Seife, gekocht aus menschlichen Körpern. Antifaschismus war für uns eine Selbstverständlichkeit.

Brecht wusste es besser. Sie sind wieder dicke da. Grinsen in Kameras. Sitzen in Parlamenten. Wollen Leute mit Migrationshintergrund »entsorgen«.

Sie sprechen die Original-Sprache der NSDAP (Spiegel vom 6.9.2019 »Da spricht ja mein Vater« – Niklas Frank, sein Vater war der »Schlächter von Polen«).

Sie aktivieren über die Angst das Niedrigste im Menschen – den Hass.

Ihre Feinde sind erstmal »nur« Muslime, im Prinzip aber alle Minderheiten, und alle, die sich für Demokratie einsetzen.

Der Brandenburger AfD-Chef Kalbitz war 15 Jahre in der Rechtsextremisten-Szene unterwegs. Und ihm gab ein Viertel der Brandenburger am 1. September die Stimme. Wie konnte das passieren?

Wenn Faschisten an die Macht kommen, ist es mit der Demokratie vorbei. Es wird diskriminiert, und früher oder später wieder gemordet.

*Das ist das Ergebnis einer abgestimmten langfristigen Kampagne von Straßen-Nazis, Identitären, Internet-Trollen, Bots und »normalen« AfD-Politikern. Sie marschieren gemeinsam (Chemnitz 2018), beleidigen, denunzieren als »Volksverräter«, bedrohen, attackieren und morden (Dr. Lübcke, Regierungspräsident in Kassel, 2019). Deren Wähler sind nicht nur die Abgehängten. Da gibt es z.B. auch Beamte, Polizisten, Unternehmer und Ärzt*innen.*

Wir Linken stehen für konsequenten Anti-Faschismus. Für eine tolerante, demokratische, empathische und solidarische Gesellschaft.

Die Toleranz gilt auch den AfD-Wählern. Aber wir werden ihnen nicht die Wahrheit ersparen: Sie haben im Deutschland des Jahres 2019 schon wieder eine extremistische und rassistische Partei gewählt. Und keiner kann sagen: »Ich wusste von nichts.« Der Schoß ist fruchtbar noch.

Jürgen Neumann

Es gibt viel zu tun - packen wir es an!

Unsere Ansprechpartner vor Ort

Stadtverordnetenversammlung Kyritz

1. **Hauptausschuss**
Holger Kippenhahn Mitglied
2. **Ausschuss für Bildung und Soziales**
Anja Büchner (ptl.) Mitglied
Marita Köhn Sachkundiger
Sandra Meyer (ptl.) Einwohner
3. **Ausschuss für Stadtentwicklung und Wirtschaft**
Christina Pudimat Mitglied
Anette Bock Sachk. Einw.

Stadtverordnetenversammlung Neuruppin

1. **Ausschuss für Bildung, Soziales und Ordnung**
Cornelia Böhme Mitglied
Jenny Salzwedel Mitglied
Achim Behringer Sachk. Einw.
 2. **Bau- und Wirtschaftsausschuss**
Cornelia Böhme Mitglied
Jenny Salzwedel Vorsitzende
Ilona Reinhardt Sachk. Einw.
 3. **Haupt- und Finanzausschuss**
Ronny Kretschmer Mitglied
Paul Schmudlach Mitglied
 4. **Petitionsausschuss**
Gerd Klier Mitglied
 5. **Rechnungsprüfungsausschuss**
Paul Schmudlach Mitglied
David Hölker Sachk. Einw.
 6. **Strukturausschuss**
Gerd Klier Mitglied
- Vorsitzender der Stadtverordnetenversammlung Neuruppin
Gerd Klier

Stadtverordnetenversammlung Neustadt/Dosse

1. **Hauptausschuss**
Alexander Blocks (ptl.) Mitglied
André Stimm (ptl.) Stellvertreter
2. **Ausschuss für Stadtentwicklung**
Ronny Seifert (ptl.) Mitglied

- Christoph Benn Sachk. Einw.
3. **Sozialausschuss**
André Stimm (ptl.) Vorsitzender
Max Zimmermann (ptl.) Sachk. Einw.
4. **Amts- und Wirtschaftsausschuss**
Alexander Blocks (ptl.) Mitglied
André Stimm (ptl.) Stellvertreter

Stadtverordnetenversammlung Rheinsberg

1. **Hauptausschuss**
Freke Over Mitglied
2. **Ausschuss für Bildung, Soziales und Sport**
Paul Kurzke Mitglied
3. **Ausschuss für Wirtschaft, Tourismus, Kultur, Verkehr, Klima und Umweltschutz**
Freke Over Vorsitzender
4. **Ausschuss für Bau und Stadtentwicklung**
Paul Kurzke Mitglied
5. **Tourismuswirtschaftsbeirat**
Nele Redlich (ptl.) Mitglied

Stadtverordnetenversammlung Wittstock

1. **Hauptausschuss**
Angelika Noack Mitglied
2. **Finanzausschuss**
Hans-Herbert Gutz (ptl.) Mitglied
3. **Wirtschafts-, Landwirtschafts- und Bauausschuss**
Enrico Remter Mitglied
4. **Ausschuss für Kultur und Soziales**
Angelika Noack Vorsitzende
5. **Ordnungsausschuss**
Kerstin Zillmann Mitglied

Gemeindevertretung Fehrbellin

1. **Hauptausschuss**
Dieter Sarnow (ptl.) Mitglied
2. **Ausschuss für Energie, Umwelt und Tourismus**
Annely Fiebelkorn Mitglied
Werner Stolz Sachk. Einw.

Gemeindevertretung Heiligengrabe

1. **Haupt- und Finanzausschuss**
Holger Kippenhahn Vorsitzender
2. **Ausschuss für Bildung, Jugend, Kultur und Sport**
Sylvia Zienecke Mitglied

Gemeindevertretung Wusterhausen

1. **Haupt- und Finanzausschuss**
Uwe Tackmann Mitglied
2. **Bau- und Ordnungsausschuss**
Petra Buschke Mitglied
Kai Jahnke (ptl.) Sachk. Einw.
3. **Kultur- und Sozialausschuss**
Raffael Eichmann Vorsitzender
Jana Kuska (ptl.) Sachk. Einw.
4. **Ausschuss für Wirtschaft und Tourismus**
Martin Kuska (ptl.) Mitglied
Christian Wernitz (ptl.) Sachk. Einw.

Ortsbeirat Fehrbellin

- Marcus Kaiser Mitglied
Monika Kerner (ptl.) Mitglied

Ortsbeirat Gnewikow

- Olaf Matschoss (ptl.) Ortsvorsteher

Ortsbeirat Kötzlin

- Adrian Krüger Ortsvorsteher

Ortsbeirat Protzen

- Dieter Sarnow (ptl.) Ortsvorsteher

Ortsbeirat Tornow

- Uwe Tackmann Ortsvorsteher
(Einzelbewerber)

Ortsbeirat Wall

- Siegrid Stolz Ortsvorsteher

Ortsbeirat Stadt Wusterhausen/Dosse

- Petra Buschke Vorsitzende
Raffael Eichmann Mitglied
(Weitere Infos im Internet)

Verstärkung eingetroffen!

Fortsetzung von Seite 1

die Bekämpfung der Klimakrise auch viele neue Jobs, so z.B. auf dem Gebiet der Wind- und Solarenergie. Genau da muss Brandenburg die absolute Nummer eins in Deutschland werden, denn wir haben alles dafür - nämlich viel flaches Land.

Auch beim Anbau von Bio-Lebensmitteln kann Brandenburg ordentlich was tun, denn in der Mitte Brandenburgs liegt eine große Stadt, in der man, so erzählt man sich, gerne Regionales essen würde,

das aber leider nicht selbst anbauen kann. Dass sind grob die Punkte, die mich interessieren und für die ich mich einsetzen will. Und ich glaube, wir als LINKE können und müssen das auch.

Ernst Leist

Schon seit einer Weile bin ich politisch interessiert. Mit der Zeit ist mir bewusst geworden, dass die einzig logische Konsequenz, um in der Politik langfristig

etwas zu bewirken, der Eintritt in eine Partei ist.

Es ist wichtig, dass gerade wir jungen Menschen in der Politik präsent werden. Denn gerade jetzt, wo Rechtspopulismus so viel Anklang findet, ist es umso wichtiger, demokratische Werte zu schützen, Solidarität zu zeigen und für eine friedliche Zukunft einzustehen. Denn es ist unsere Zukunft!

Johanna Feldmann

Bundestagsreport

Klimawandel geht uns alle an

Der öffentliche Druck zum Handeln wächst



Ich kann mich noch gut an den Abend erinnern, als mein Vater, Biologe an der Humboldt-Universität zu Berlin, nach Hause kam und sehr aufgewühlt erzählte, dass der »Club of Rome« einen Bericht mit düsteren Vorhersagen veröffentlicht hat. Es handelte sich um den Bericht »Die Grenzen des Wachstums« von 1972, der sich kritisch mit den Folgen der Lebens- und Wirtschaftsweise auseinandersetzte. Mein Vater erzählte auch, dass es laut dieser Veröffentlichung mehr Extremwetterlagen, also mehr und schwerere Stürme, abwechselnd Hitze und Dürren oder Überschwemmungen geben würde. Das ist über 30 Jahre her. Trotzdem ist es im Wesentlichen beim weiter so geblieben.

Handeln ist gefragt

Dabei hatte 2006 Nicolas Stern, von 2000 bis 2003 Chefökonom der Weltbank, einen weiteren brisanten Bericht veröffentlicht. Darin zeigte er auf, dass ein effektiver Klimaschutz ca. 1% der weltweiten

Wirtschaftsleistung kosten würde, dagegen nichts Tun fünf bis zwanzig Mal so viel. Die Auswirkungen des Klimawandels wären also selbst volkswirtschaftlich gesehen wesentlich schwerwiegender als angemessene Klimaschutzkosten. Auch das ist unterdessen schon wieder einige Jahre her. Es mangelt also nicht an Wissen, sondern am Handeln.

Und klar ist auch, dass

der Klimawandel nicht nur ökologische Folgen hat, sondern auch die Schere zwischen arm und reich weiter auseinandergehen lässt. Obwohl die Ärmsten nachweislich weniger zum Klimawandel beitragen, verfügen sie über die wenigsten Ressourcen, um sich auf ihn einstellen zu können. Und es droht, dass ausge-rechnet sie die Zeche für die Folgen einer Party zahlen sollen, an der sie gar nicht teilgenommen haben.

Kohleverstromung heizt Klima an

Weil die Kohleverstromung zu den wesentlichen Ursachen für den Klimawandel gehört, hat sich DIE LINKE. Brandenburg 2007 an der mit knapp 27.000 Unterschriften erfolgreichen Volksinitiative »Keine neuen Tagebaue« aktiv beteiligt, die den Ausstieg aus dem Braunkohletagebau bis 2050 forderte. Vorgegangen waren verschiedene Diskussionsveranstaltungen in der Lausitz, in denen DIE LINKE das Gespräch mit denen gesucht

hatte, die von einem solchen Kohleausstieg unmittelbar betroffen wären. Die Volksinitiative wurde leider im Juli 2008 mit den Stimmen von SPD, CDU und DVU im Landtag abgelehnt. Das anschließende Volksbegehren scheiterte ein Jahr später - auch infolge damals noch höherer Beteiligungshürden - deutlich am Quorum von 80.000 Unterschriften.

Widersprüchliche Politik

Leider blieb trotz 10 Jahren Regierungs-beteiligung der LINKEN die Politik Brandenburgs in Fragen Klimaschutz und Kohle widersprüchlich. Zwar wurde der Ausbau der erneuerbaren Energien deutlich vorangetrieben, aber an der Kohleverstromung hielt die SPD lange unerschütterlich fest. Man könnte sagen: bis es fast zu spät war.

Unterdessen hat uns das Thema längst eingeholt. Der globale Klimastreik am 20. September zeigte, dass der öffentliche Druck zum Handeln wächst. Selbst die sich andeutende Libyen-Koalition von SPD, Union und Grünen in Brandenburg musste schon in den Sondierungen fest-schreiben, dass es keine neuen und auch keine erweiterten Tagebaue mehr geben soll - weil das natürlich auch das Ergebnis der parallel laufenden rot-grün-roten Sondierungen war. Trotzdem haben sich die Grünen für eine Koalition mit zwei Parteien entschlossen, deren Klimaschutz-Paket sie auf Bundesebene gerade heftig attackieren und das sie im Bundesrat »bekämpfen« wollen. Mal sehen, ob Brandenburg im Bundesrat da mitmacht.

Kirsten Tackmann, MdB

Aktuelles aus den Städten und Gemeinden

Ortsbeirat will Bindeglied zwischen Bürger*innen und Verwaltung sein

Die Stadt Wusterhausen/Dosse hat seit dem 26. Mai diesen Jahres, dem Tag der letzten Kommunalwahl, erstmals einen Ortsbeirat, der nun seit drei Monaten arbeitet.

Zu unseren Aufgaben gehört an erster Stelle die Herstellung des Kontakts zwischen Bürger und Verwaltung. Wir verstehen uns als Bindeglied. Dazu nutzen wir unter anderem unsere Ortsbeiratssitzungen. Zurzeit finden diese monatlich statt. Ab Januar 2020 werden wir sie im

Wechsel mit den Bürgersprechstunden abhalten, so dass wir den Bürgern monatlich mindestens einen festen Termin für den Austausch anbieten. Die Sitzungen des Beirates sind öffentlich. Die Tagesordnung ist in der Bürgerinformation auf der Internetseite der Gemeinde bzw. als Aushang in der Stadt Wusterhausen zu finden.

In der Sitzung am 06.08.2019 verständigte sich der Ortsbeirat über die Mit-telanmeldung für den Haushalt 2020.

In diesem haben wir Maßnahmen zur Sanierung, zur Verbesserung des Ortsbil-des, etc. benannt. Bürgervorschläge sind ebenso mit eingeflossen, so zum Beispiel das Verbinden der Fußwege im Mittelweg vom Gartenweg bis Zum Horstberg. Das bessere Kenntlichmachen der abgesenkten Bürgersteigkanten um den Marktplatz bzw. die notwendigen Reparaturarbeiten am Gebäude der Freiwilligen Feuerwehr erachten wir als weitere wichtige Maßnahmen für das Jahr 2020.

Fortsetzung Seite 5

Aus dem Landtag berichtet

Neue Landtagsfraktion vor großen Herausforderungen

Mit nur noch 10 Landtagsabgeordneten hat sich die neue Landtagsfraktion der LINKEN im 7. brandenburgischen Landtag konstituiert. Mit Kathrin Dannenberg und Sebastian Walter gibt es nun zwei gleichberechtigte Fraktionsvorsitzende. Thomas Domres wird weiterhin als parlamentarischer Geschäftsführer der Fraktion fungieren.

Auf einer ersten Klausur stand natürlich die Auswertung des Wahlergebnisses und des Wahlkampfes ganz oben auf der Tagesordnung. Die Suche nach den Ursachen und die Analyse sind bei weitem nicht abgeschlossen. Nachdenklichkeit und Solidarität bestimmten die Debatte. Gleichwohl aber auch der Wille, sich um so entschlossener in die neue Arbeit zu stürzen. Ein »Weiter so« wird es dabei - und kann es auch - nicht geben.

Die Ressourcen, die uns zur Verfügung stehen, sind sehr endlich geworden. In Absprache mit dem Landesvorstand, den Kreisverbänden und der brandenburgischen Gruppe der Bundestagsfraktion wurde über die regionale Präsenz der neuen Landtagsfraktion im Lande verhandelt. Ziel ist es, dass alle Kreisverbände weiterhin unmittelbaren Zugang zur Landtagsfraktion behalten, um den Informationsfluss aufrechtzuerhalten und die Arbeit in der Fläche des Landes mit abzusichern. So wird beispielsweise der Kreisverband Dahme-Spreewald zukünftig auch von mir direkt betreut. Sach- und Personalmittel werden somit solidarisch zwischen den Kreisverbänden LDS und OPR geteilt.

In Neuruppin wird zukünftig ein Wahlkreisbüro eröffnet, und ich freue mich auf

die Zusammenarbeit mit Jenny Salzwedel als neue Wahlkreismitarbeiterin, die den Bürger*innen und Genoss*innen als direkte Ansprechpartnerin vor Ort zur Verfügung stehen wird.

Darüber hinaus gibt es auch eine erste Verständigung zur thematischen Aufteilung der Arbeit in der neuen Landtagsfraktion. Da noch nicht klar ist, wie sich die zukünftigen Ministerien der Libyen-Koalition abbilden und daraus folgend auch die Fachausschüsse, ist das tatsächlich nur ein vorläufiger Stand. Meine thematischen Schwerpunkte sollen die Pflege- und Gesundheitspolitik sowie die Finanz- und Haushaltspolitik sein.

Starke linke Oppositionsarbeit

Nachdem sich die SPD und die GRÜNEN entschieden haben, die progressiven Mehrheiten für klare linke Politik nicht zu nutzen und mit der CDU eine Zählgemeinschaft zu bilden, um vermeintlich größere Mehrheiten im Landtag zu organisieren, ist zu befürchten, dass viele Errungenschaften von 10 Jahren rot-roter Koalition in Brandenburg geschleift werden bzw. viele notwendige soziale Verbesserungen hintenan gestellt werden.

Das erfordert eine starke linke Oppositionsarbeit - die ebenfalls unter erschwerten Bedingungen organisiert werden muss. DIE LINKE besitzt nicht die Oppositionsführerschaft. Diese hat die immer offener faschistisch agierende AfD inne. Es ist ein Skandal, dass offensichtlich die CDU bei der konstituierenden Sitzung des Landtages einen AfD-Vertreter zum Vizepräsidenten gewählt hat und die

SPD und GRÜNEN keine Haltung zeigten, indem sie sich bei dieser Abstimmung mehrheitlich enthielten. DIE LINKE bleibt dabei, keine offene oder heimliche Zusammenarbeit mit diesen Demokratiefeinden. Gleichwohl muss man aber zur Kenntnis nehmen, dass für DIE LINKE allein die Möglichkeiten von konsequenter Oppositionsarbeit deutlich eingeschränkt sind. Untersuchungsausschüsse oder das Herbeizitiern von Minister*innen können nach geltender Geschäftsordnung die 10 Mitglieder der LINKEN-Fraktion zukünftig nicht. Auch wie unsere außerparlamentarische Verankerung wieder verstärkt werden kann, um damit Druck zu erzeugen, müssen wir noch klären. Eine Strategiedebatte von Partei und Fraktion ist notwendig.

Ronny Kretschmer
Landtagsabgeordneter

Kreisparteitag

am 26. Oktober 2019

Sonnabend ab 10.00 Uhr

wahrscheinlich

im Restaurant Rosengarten,
Wichmannstr. 8, 16816 Neuruppin

Auf der Tagesordnung u.a.

- Wahlauswertung
- Wahl der Delegierten zum Bundes- und Landesparteitag und für den Landesausschuss

**Für den genauen Veranstaltungsort
bitte die Einladung beachten!**

Aktuelles aus den Städten und Gemeinden

Fortsetzung von Seite 4

In einer Informationsrunde mit dem Geschäftsführer des Personennahverkehrs stellten wir fest, dass es sinnvoll ist, zum autonom fahrenden Bus für die Bürger eine Informationsveranstaltung mit allen Beteiligten durchzuführen. Wir bereiten diese derzeit für den 30.09.2019 gemeinsam mit der Verwaltung vor.

Neben den Sitzungen gibt es, wie oben bereits erwähnt, Bürgersprechstunden. Diese wurden erstmals eingeführt. Jeweils zwei Ortsbeiratsmitglieder stehen für Hin-

weise, Anfragen, Nöte etc. im Alten Laden (Wegemuseum) zur Verfügung.

So versuchen wir zu klären, warum es am Aldi-Markt zurzeit keine Packstation der Deutschen Post gibt. Wenn möglich, laden wir auch Gesprächspartner ein, wie z.B. die Seniorenbeauftragte, um Belange der Senioren zu besprechen. Am 09.10.2019 werden wir uns den Fragen und Anregungen der Senioren vor Ort in der Begegnungsstätte in der Kyritzer Straße stellen.

Regelmäßig gratulieren wir den älteren Jubilaren der Stadt Wusterhausen/Dosse, sofern sie nicht der Weitergabe ihrer

Daten an uns widersprochen haben, und zu unseren nächsten Aufgaben gehört die Organisation der Rentner-Weihnachtsfeier.

Weitere Termine für Ortsbeiratssitzungen sind der 8. Oktober und der 19. November, und für Bürgersprechstunden der 15. und 29. Oktober, der 12. November und der 10. Dezember.

Bitte bleiben Sie mit uns in Kontakt.

Ihr Ortsbeirat Wusterhausen/Dosse
Jacqueline Salih, Raffael Eichmann,
Petra Buschke

Wenn einer eine Reise tut, dann kann er was erleben

Aufstehen und Flagge zeigen - das Einfache, was manchmal so schwer fällt



Foto: pixabay

Bei einer Familienfeier berichtete ein Ehepaar über eine Fahrradtour, die es während ihres Urlaubs im August in Westsachsen unternommen hatte. Neben den Sehenswürdigkeiten erzählten sie von einem Erlebnis in einem kleinen Dorfgasthof.

Um etwas zu essen, gingen sie am späten Nachmittag in eine Dorfgaststätte, wo der Gastraum bis auf den letzten Platz gefüllt war. Der Wirt stellte noch 2 Stühle an einen Tisch und bot ihnen Bratkartoffeln mit Sülze als einzige Mahlzeit an.

Sie setzten sich und schauten sich um. An der Frontseite des Gastraums stand ein mannshohes AfD-Plakat, und ein Herr mittleren Alters, der daneben stand, kramte in irgendwelchen Papieren. Plötzlich wurde es still, und der Herr begann seine Rede mit: »Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Volksgenossen«. Unser befreundetes Ehepaar schickte sich an, den Saal zu verlassen, als der Wirt das Abendessen servierte. Na gut, dachten sie, schnell essen und dann raus hier. Nachdem der Redner unter Beifall der

etwa 30 Zuhörer seine Floskeln und Parolen »abgelassen« hatte, stand eine ältere Dame auf und sagte, an den Redner gewandt. Ja, sie haben den Finger in unsere Wunden gelegt. Es stimmt, dass hier nur noch der Schulbus hält, und wenn keine Schule ist, gar kein Bus mehr fährt.

Es stimmt auch, dass wir fast 10 km zum Einkaufen fahren müssen und der nächste Arzt 15 km entfernt ist. Ja, sie haben recht, dass wir vier Monate auf eine Augenarzt-Termin warten und unsere jungen Frauen zur Entbindung in eine 40 km entfernte Klinik müssen. Aber, und das frage ich sie hier direkt. Woher wollen sie die Ärzte nehmen? Wie wollen sie und ihre Partei all diese aufgezeigten Missstände beseitigen? Nennen sie uns doch bitte ihre Konzepte und Pläne. Was haben sie konkret vor?

Weiter sagte sie, was sie hier aufgezeigt haben, das wissen wir schon längst, das erleben wir tagtäglich. Diese Aufzählung kann man auch von allen anderen Parteien hören, aber von denen hört man wenigstens auch, was sie gedenken zu tun, um etwas zu verändern. Nun haben sie die gleiche Möglichkeit. Die anwesenden Zuhörer reagierten mit Beifall.

Etwas schockiert erhob sich der AfD-Mann von seinem Platz und sagte: Es ist doch klar, dass sie als alter SED-Kader

hier die Dorfgemeinschaft spalten wollen.

Und dann passierte etwas, womit das Ehepaar nicht gerechnet hatte. Aus den Reihen der Zuhörer kamen Rufe wie: »Sie spalten hier«, »nun nennen sie doch mal ihre Konzepte« oder »wir brauchen keine Wessis, die uns die Wende und die DDR erklären«.

Mit einigen abfälligen Bemerkungen, wie z.B. undankbare Bauern, packte der AfD-Mann, der in Begleitung von drei Personen war, seine Papiere zusammen und verließ mit der Bemerkung »Ihr werdet schon sehen, wenn wir in der Regierung sind, dann weht in Deutschland ein anderer Wind« den Saal.

Bei der anschließenden Diskussion im Saal konnte das Ehepaar deutlich merken, dass die Stimmung kippte. Immer mehr Leute kamen zu der Meinung, dass die AfD auch keine Lösungsvorschläge hat.

Die couragierte ältere Dame erhielt viel Lob, als sie sagte, man muss den Faschisten Paroli bieten und sie hier und überall vor Ort stellen und sie mit ihren Falsch-aussagen konfrontieren.

Das Fazit des Ehepaares ist: Treibt man die Scharfmacher der AfD in die Ecke, so platzen ihre Luftblasen, die sie während ihren Reden produzieren, ganz schnell. Fragt man konkret nach, haben sie keine stichhaltigen Argumente. Aber, und das ist das Entscheidende: Dazu gehört Mut, wie ihn die ältere Dame gezeigt hat.

hjm

Uns habt ihr nach Hause geschickt

Vor 25 Jahren zogen die sowjetischen Truppen vom Territorium der ehemaligen DDR ab. Das konnte aber nur geschehen, da sich ein Vertrauensverhältnis zwischen Bundeskanzler Kohl, Staatschef Gorbatschow und dem US-Präsidenten Bush entwickelt hatte. Die drei Staatshäupter begegneten sich mit Respekt und Hochachtung, und es gab keine Triumphgesten, als die sowjetischen Truppen abzogen.

Grundlage für den Abzug war der Vertrag über Partnerschaft und gute Zusammenarbeit zwischen der Bundesrepublik und der Sowjetunion vom 9. November 1990. Darin heißt es u.a., dass sich die BRD und die UdSSR darin einig sind, mit der Vergangenheit endgültig abzuschließen und durch Verständigung und Versöhnung

einen wichtigen Beitrag zur Überwindung der Trennung Europas leisten zu wollen.

Jetzt, 25 Jahre nach dem Abzug, wurde auf einer Konferenz, die von den Vertretungen der Länder Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern in Berlin - gegen polemische Widerstände - stattfand, festgestellt, dass Deutschland gegenüber Russland Vertrauen verspielt hat. Damals war man sich einig, so der damalige Kohl-Berater Horst Teltchik, dass man für alle Bürger Europas die gleichen Sicherheitsleistungen garantiert. Dazu wurde der NATO-Russland-Rat geschaffen. Zeitweilig wurde sogar über eine Freihandelszone vom Atlantik bis Russland gesprochen. Teltchik kommt zu dem Schluss, dass die Entwicklung (z.B. Ukraine-Krise) wahr-

scheinlich anders verlaufen wäre, hätte man mehr mit Russland gesprochen, was man unbedingt wieder tun müsse.

Aber auch andere Politiker, wie Sachsens Ministerpräsident Kretschmer oder unser Ex-Ministerpräsident Platzeck, fordern eine konstruktive Russlandpolitik, die frei von Sanktionen und Abgrenzung ist.

Zu den deutsch-russischen Spannungen kam es meiner Meinung nach, weil, entgegen der damaligen Absprachen, die NATO bis an die Grenzen Russlands vorrückte. Das heutige Befinden der Russen zeigt sich in der Aussage des russischen Ex-Generals Terentjew, als er sagte: »Uns habt ihr nach Hause geschickt. Die Amerikaner sind bei euch geblieben.«

Hans-Joachim Müller

Ohne Abos keine Gegenöffentlichkeit

In letzter Zeit haben alle Mitglieder der Partei DIE LINKE ein dickes Paket in ihrem Briefkasten gefunden. Darin die Mitgliederzeitschrift »Disput« und ein Exemplar von »nd.DieWoche«. In einem gemeinsamen Brief bitten Parteivorstand und »nd«, mit Abos die Zukunft beider Publikationen zu unterstützen.

Die Märkische Linke befragte dazu Chefredakteur Wolfgang Hübner und Geschäftsführer Matthias Schindler vom »nd«.

Was hat Euch zu dieser gemeinsamen Aktion veranlasst?

Matthias Schindler: Die Geschichte von »nd« ist eng mit der Partei DIE LINKE verbunden. In den letzten Jahren hat sich deren Mitgliederstruktur spürbar verändert. Die Linkspartei ist jünger und bunter geworden. Sie verteilt sich über die gesamte Bundesrepublik. Diese Mitglieder suchen nach Informationen, Analysen und Bewertungen gesellschaftlicher Entwicklungen. Wir waren der Meinung, dass es vor diesem Hintergrund sinnvoll ist, »nd« als Teil der linken Gegenöffentlichkeit noch einmal vorzustellen.

Nun haben sich Dynamik und Möglichkeiten der Informationsbeschaffung deutlich verändert. Die gedruckte Zeitung, für die immer höhere Preise bezahlt werden müssen, ist in der Krise. Da packt ihr 32 Seiten gedruckte Worte und Bilder in einen Briefumschlag und hofft auf Resonanz?

Wolfgang Hübner: »nd.DieWoche« haben wir im Oktober 2018 als Reaktion auf das veränderte Leseverhalten herausgebracht. Das Wochenende bietet mehr Zeit für ausführliche Lektüre. Die Resonanz darauf war positiv. Diese Entwicklung hält bis heute an. Deshalb haben wir die Wochenendausgabe ausgewählt. Außerdem ist »nd.DieWoche« exemplarisch für die Themenvielfalt und den Journalismus von »nd« sowie seine Präsentation.

Trotzdem habt ihr gleich eine Hürde eingebaut. Wer mehr lesen will, muss sich anmelden und auch bezahlen. Warum habt ihr das Ganze nicht kostenfrei gemacht?

Matthias Schindler: Ganz einfach, Produktion und Zustellung einer Zeitung – ob gedruckt oder digital – kosten Geld. Da »nd« sich ausschließlich aus Verkauf-



erlösen finanziert, hängt seine Existenz eben davon ab, dass es nicht nur gelesen, sondern auch bezahlt wird. Darauf wollen wir von Anfang an aufmerksam machen. Wir haben jedoch für die Mitglieder ein spezielles Angebot entwickelt.

10 Wochen lang erhalten sie »nd.DieWoche« am Wochenende gedruckt und täglich die 5 wichtigsten Artikel als »nd.kompakt« digital. So können sie die Vielfalt von »nd« entdecken und am Ende entscheiden, ob und wie es weitergeht.

Bedeutet das dann eine Entscheidung für täglich Gedrucktes im Briefkasten?

Matthias Schindler: Das wäre eine Variante. Die Mehrzahl unserer langjährigen Leser*innen liest die Zeitung auch noch so. Aber wir reagieren auf veränderte Lesegewohnheiten und die finanziellen Möglichkeiten. Wir wissen auch, dass die gedruckte Zeitung nicht überall früh zugestellt werden kann. Deshalb bauen wir digitale Angebote aus.

Also eine größere Vielfalt der Bezugsmöglichkeiten?

Wolfgang Hübner: Neben »nd.DieWoche sonnabends« veröffentlichen wir »neues deutschland« nach wie vor an den Wochentagen. Komplett wird das Paket mit der Wirtschaftszeitung »OXI« jeden vierten Sonnabend und mit dem digitalen sogenannten Leftstyle-Magazin »supernova«.

»nd« versteht sich als unabhängige Tageszeitung. Wie ist das Verhältnis zur Partei DIE LINKE?

Wolfgang Hübner: Ja, wir sind eine unabhängige Redaktion, stehen aber als linkes

Blatt der Linkspartei politisch nahe. Das heißt Berichterstattung, Aufgreifen von Themen und Debatten sowie kritische Begleitung. Das ist nicht immer einfach, wenn man sich die Vielfalt der unterschiedlichen Positionen innerhalb der gesellschaftlichen Linken ansieht. Und es ist auch so, dass wir als Zeitung bemüht sind, eine möglichst große Bandbreite aktueller gesellschaftlicher und internationaler Entwicklungen abzubilden, zu informieren, zu analysieren und diese einzuordnen. In diesem Sinn leistet »nd« seit 1990 einen wichtigen aufklärerischen Beitrag zu einer linken, sozialen, solidarischen Gegenöffentlichkeit.

Matthias Schindler: Damit das so bleiben kann, haben wir uns an die Mitglieder der LINKEN mit unserem Angebot zum Abonnement gewandt und hoffen, dass es angenommen wird. In diesem Sinn freuen wir uns über Rückmeldungen, ob als Probeabo oder in anderer Form.

Kurzmeldungen

Neuer Regionalvorstand in Rheinsberg/Lindow

Auf ihrer letzten Zusammenkunft wählten die Mitglieder einen neuen Vorstand, bestehend aus: Jürgen Neumann (Vorsitzender), Heinz Karwath und Kai Pohle.

Stadtverband neu gewählt

Am 25. September wählten die Mitglieder des Stadtverbandes der LINKEN. Neuruppin einen neuen Vorstand.



Unter Führung der Doppelspitze Cornelia Böhme und Achim Behringer stehen folgende Mitglieder an der Spitze des Stadtverbandes: David Hölker, Doris Hochschild, Arno Lisch, Astrid Kailuweit-Venhaus, Hans Schaefer, Marion Wenzel und Timo Theuergarten.

Unser Konto für Spenden/Beiträge:
 DIE LINKE. KV. OPR
 IBAN: DE47 1606 1938 0001 6323 61
 Raiffeisenbank Ostprignitz-Ruppin

Ein wunderschöner Sonntag

Seit 10 Jahren ist sie wieder in voller Pracht zu erleben

Der Stadtverband der LINKEN. Neuruppin lud seine Mitglieder zum 8. September zu einer Kutschfahrt in die »Freie Heide« ein. 20 Frauen und Männer folgten dieser Einladung und erfreuten sich während der einstündigen Fahrt bis zum Aussichtsturm auf dem Sielmann-Hügel an der Heidelandschaft. Unterwegs waren auch viele Wanderer und Radfahrer, die das schöne Wetter für einen Ausflug nutzten.

Seit 10 Jahren ist die Kyritz-Ruppiner Heide wieder frei – viele der Teilnehmer der Kutschfahrt waren bei den Oster- und Protestmärschen dabei. Auf dem Sielmann-Hügel machten wir Rast. Familie Keil versorgte uns mit einer zünftigen Gulaschsuppe, Schmalzbröten und Kaffee.

Nach einer Stunde Aufenthalt, bei guten Gesprächen und einem Spaziergang durch die Heide, fuhren wir mit der Kutsche zur »Pension Keil« zurück, wo ein tolles Kuchenbuffet samt Kaffee auf die Teilnehmer wartete.

Unser Dank gilt den Organisatoren und Herrn und Frau Keil für die Bewirtung.

Wir hoffen, dass wir noch des Öfteren solche gemeinsamen kulturellen Höhepunkte erleben können.

Gerda Menzel-Bismark



Foto: Rudi Menzel

PS: Am 10. Mai 2019 wurde der etwa 15 Meter hohe hölzerne Turm mit seinen 75 Stufen bei Pfalzheim eröffnet. Von seiner Aussichtsplattform hat man einen unverbauten Blick auf die Heidelandschaft. Von den knapp 12.000 ha Gesamtfläche wurden mehr als 9.000 ha als Fauna-Flora-Habitat mit der Bezeichnung »Wittstock-Ruppiner Heide« ausgewiesen. 4.000 ha davon betreut die Heinz Sielmann Stiftung.

Termine

(Aktualisierung auf www.dielinke-opr.de beachten)

Mittwoch, 23.10.	Beratung des Kreisvorstandes DIE LINKE. OPR 19.00 Uhr, Geschäftsstelle Wittstock, Marktgasse 2
Sonnabend, 26.10.	Kreisparteitag Ab 10 Uhr, <i>wahrscheinlich</i> im Restaurant Rosengarten Neuruppin
Mittwoch, 30.10./20.11.	Beratung des Stadtvorstandes DIE LINKE. Neuruppin 18.00 Uhr, Kreisgeschäftsstelle Neuruppin, Schinkelstr. 13
Mittwoch, 30.10./27.11.	Beratung des RV DIE LINKE. Wittstock-Heiligengrabe 19.00 Uhr, Geschäftsstelle Wittstock, Marktgasse 2
Montag, 04.11./02.12.	Beratung des geschäftsführ. Kreisvorstandes DIE LINKE. OPR 16.00 Uhr, Kreisgeschäftsstelle Neuruppin, Schinkelstr. 13
Montag, 04.11./02.12.	Mitgliedertreffen DIE LINKE. RV Fehrbellin 19.00 Uhr, Fehrbellin - Bibliothek
Donnerstag, 07.11./05.12.	Beratung des RV DIE LINKE. Kyritz-Neustadt-Wusterhausen 19.00 Uhr, Geschäftsstelle Kyritz, Wilsnacker Str. 1
Donnerstag, 07.11.	Freundschaftsgesellschaft Alt Ruppın lädt ein zum Thema: Russlands Außenpolitik 15 Uhr, Gaststätte Seebad Alt Ruppın
Mittwoch, 13.11./11.12.	Beratung des Kreisvorstandes DIE LINKE. OPR 19.00 Uhr, Kreisgeschäftsstelle Neuruppin, Schinkelstr. 13

Herausgeber: Kreisvorstand **DIE LINKE. OPR**
Schinkelstr. 13, 16816 Neuruppin

V.i.S.d.P. : Paul Schmudlach, E-Mail: redaktionml@dielinke-opr.de

Redaktion : Christa Horstmann (ch-), Hans-Joachim Müller (hjm),
Jürgen Schubert (js)

Kontakte

Dr. Kirsten Tackmann, Bundestagsabgeordnete der Fraktion DIE LINKE, Agrarpolitische Sprecherin, Obfrau im Ausschuss für »Ernährung und Landwirtschaft«.
Tel.: 030/22774309 Fax: 030/22776308
Funk: 0173/3804592
www.kirsten-tackmann.de

Wahlkreisbüro: Wilsnacker Str. 1, Kyritz
Wahlkreismitarbeiterin **Anette Bock**
Tel.: 033971/32857 Fax: 033971/32893
E-Mail: bock@kirsten-tackmann.de
Sprechzeiten:
Mo.-Do. 10 - 12 Uhr

Wahlkreisbüro: Schinkelstr. 13, Neuruppin
Wahlkreismitarbeiter **Paul Schmudlach**
Tel.: 03391/2383
E-Mail: schmudlach@kirsten-tackmann.de
Sprechzeiten:
Mo. 14 - 16 Uhr
Die. u. Do. 10 - 12 Uhr
Mi. 14 - 16 Uhr

Wahlkreisbüro: Marktgasse 2, Wittstock
Wahlkreismitarbeiter **Andreas Bergmann**
Tel.: 03394/4031363
E-Mail: bergmann@kirsten-tackmann.de
Sprechzeiten:
Die.-Do. 10 - 12 Uhr
Do. 16 - 18 Uhr

Margitta Mächtig, Landtagsabgeordnete
Wahlkreisbüro: Wilsnacker Str. 1, Kyritz
Wahlkreismitarbeiterin **Anja Büchner**
Tel.: 033971/304941
E-Mail: maechtig@dielinke-opr.de
Sprechzeiten:
Die. u. Do. 08 - 15 Uhr

DIE LINKE. Ostprignitz-Ruppın
Kreisgeschäftsstelle Neuruppin
Schinkelstr. 13, Neuruppin
Tel.: 03391/655420 Fax: 03391/655422
www.dielinke-opr.de
E-Mail: kv@dielinke-opr.de
Sprechzeiten:
Die. u. Do. 10 - 13 und 14 - 16 Uhr
Mittwoch 16 - 19 Uhr

Kreisgeschäftsführer **Justin König**
Geschäftsstelle Kyritz, Wilsnacker Str. 1
Termin nach Absprache

Kreisschatzmeisterin **Kerstin Brendler**
Kreisgeschäftsstelle Neuruppin
Termin nach Absprache

Geschäftsstelle Kyritz
Wilsnacker Str. 1, Kyritz
Tel.: 033971/72086 Fax: 033971/32893
E-Mail: bock@dielinke-opr.de
Sprechzeiten:
Die. 10 - 12 Uhr

Geschäftsstelle Wittstock
Marktgasse 2, Wittstock
Tel.: 03394/4031363/-64/-65
E-Mail: wittstock@dielinke-opr.de
Sprechzeiten:
Mo. u. Die. 09 - 15.30 Uhr
Mi. 09 - 12.00 Uhr
Do. 12 - 15.00 Uhr

Nicht redaktionell gekennzeichnete Veröffentlichungen müssen nicht mit der Meinung des Herausgebers bzw. der Redaktion übereinstimmen. Die Redaktion behält sich das Recht zur auszugsweisen Wiedergabe von Zuschriften vor.

Redaktionsschluss für die nächste Ausgabe:
Erscheinungsdatum:

Fr., 22.11.2019
Mi., 11.12.2019